



Eingegangen: 30.12.2020

über  
Herrn  
Oberbürgermeister Mende

*file 30.12.  
BM*

Der Magistrat

Dezernat für Soziales, Bildung,  
Wohnen und Integration

über  
Magistrat

Stadtrat Christoph Manjura

und  
Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin Christa Gabriel

an den Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Be-  
schäftigung

*28* . Dezember 2020

### Gewalt gegen Frauen

Beschluss-Nr. 0083 vom 3. November 2020, (SV-Nr. 20-F-21-0043)

*Das Thema Gewalt gegen Frauen ist in den Medien - ob Zeitungen, Magazine, Internet oder im Fernsehen - omnipräsent und hat gerade in der Zeit des sogenannten Lockdowns besondere Aufmerksamkeit erhalten.*

*Am 2. Juni 2020 veröffentlichte die Technische Universität München die Ergebnisse der ersten großen repräsentativen Studie zu Erfahrungen von Frauen und Kindern in Deutschland zum Thema häusliche Gewalt während der Corona-Pandemie. Zwischen dem 22. April und dem 8. Mai 2020 wurden 3.800 Frauen bundesweit befragt. Demzufolge wurden rund 3 Prozent der Frauen während der strengen Kontaktbeschränkungen zu Hause Opfer körperlicher Gewalt, 3,6 Prozent wurden von ihrem Partner vergewaltigt und 3,8 Prozent fühlten sich von ihrem Partner bedroht. Bei 4,6 Prozent der Befragten regulierte der Partner die Kontakte mit anderen Personen und in 2,2 Prozent durften die Frauen das Haus bzw. die Wohnung nicht ohne Erlaubnis verlassen. Waren die Frauen in Quarantäne oder hatten die Familien finanzielle Sorgen (z. B. auf Grund von Kurzarbeit) lagen die Zahlen deutlich höher. Die Dunkelziffer liegt womöglich ebenfalls deutlich höher. Die vorhandenen Hilfsangebote nutzte nur ein kleiner Teil der betroffenen Frauen.*

#### Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Ist dem Magistrat die Studie bekannt?
2. Wie lassen sich gegebenenfalls (bereits berichtete) abweichende Zahlen für Wiesbaden einordnen sowie erklären?
3. Ist eine so detaillierte Datenlage bisher schon vorhanden? Falls nein, wäre es wünschenswert, dass eine Erhebung ab sofort veranlasst wird.
4. Wie hoch sind die aktuellen Zahlen von Frauen, die wie oben beschrieben, Gewaltopfer in der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden (falls möglich bitte auch das Alter, Migrationshintergrund, Familienstand und Anzahl der Kinder angeben)?

5. *Wie viele Frauen haben medizinische und/oder therapeutische Hilfe während oder nach dem Lockdown gesucht? Hierbei wäre von besonderem Interesse, wie die tägliche Sprechstunde, die von der kommunalen Frauenbeauftragten in Kooperation mit pro familia eingerichtet wurde, seit März in Anspruch genommen wurde.*
6. *Können die vorhandenen Kapazitäten in den Frauenhäusern als ausreichend bezeichnet oder muss hier ggf. über eine Erweiterung nachgedacht werden, indem das bestehende Frauenhaus nicht aufgegeben, sondern ertüchtigt wird?*
7. *Welche Erkenntnisse liegen zum o.a. Thema in anderen, vergleichbar großen Städten in Hessen vor und welche davon waren an der Studie beteiligt?*

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

- 1.) Die Studie ist bekannt und wurde auch mit Facheinrichtungen im AK Prävention, Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt diskutiert. Die Fachstellen stehen den Aussagen eher kritisch gegenüber, insbesondere wird der kurze Erhebungszeitraum bemängelt.
- 2.) Da in Wiesbaden keine analoge Studie dieser Art gemacht wurde, kann hierzu keine Aussage getroffen werden. Eine systematische Datenerhebung findet in Wiesbaden nicht statt.
- 3.) Im Rahmen des Umsetzungsprozesses der Istanbul Konvention wird es unerlässlich sein, dass in Abstimmung mit der Bundeskoordinierungsstelle und den jeweiligen Landeskoordinierungsstellen Kennzahlen bestimmt, definiert und deren Erhebung durch alle involvierten Stellen konsequent verfolgt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es kein empirisch erhobenes Datenmaterial, eine Auswertung ist daher nicht möglich.
- 4.) Hierzu kann allenfalls auf die Polizeikriminalstatistik verwiesen werden, die jedoch aktuell erst für das Jahr 2019 vorliegt. Von Seiten der Stadtverwaltung ist diesbezüglich keine Datenerhebung möglich.
- 5.) Es sind keine Aussagen zur zahlenmäßigen medizinischen bzw. therapeutischer Hilfeanspruchnahme möglich. Auf die ärztliche Schweigepflicht und den Datenschutz wird verwiesen.

Die Sprechstunde, die von der kommunalen Frauenbeauftragten bei der Beratungsstelle der ProFamilia eingerichtet wurde, hat eine stetige, mäßige Inanspruchnahme erfahren. Die Sprechstunde stand von März bis Juni allen Menschen offen. Pro Woche kam es zu 1-2 Kontakten, die sehr unterschiedlich waren. Etwas mehr als 30 % der Anrufenden waren Männer. Es ging um psycho-soziale und wirtschaftliche Probleme wie Home Schooling/ Home Office, Ehe- und Erziehungsprobleme, Verhütungsthemen sowie finanzielle Abhängigkeiten. Nach Rücksprache mit ProFamilia wird vermutet, dass Männer eher die Möglichkeit einer anonymen telefonischen als einer persönlichen Beratung in Anspruch nehmen, als persönlich den Kontakt zu suchen. Weiter wurde aus den hiesigen Hilfeeinrichtungen berichtet, dass noch kein signifikanter Anstieg an Fällen von häuslicher Gewalt feststellbar ist. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass wegen der Ausgeh- und Kontaktbeschränkungen, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurden, die vermehrte häusliche Enge zu mehr Konflikten in Familien und sozialen Beziehungen führte und führt. Unsere Beratungsstellen konnten bisher u. a. feststellen, dass die Belastung von Frauen durch Corona und die daraus resultierenden Auflagen zugenommen haben.

In der Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 1. Dezember 2020 haben die beiden Sprecherinnen des AK Frauen- und Mädchenpolitik - Dr. Marina Schmitt, Geschäftsführerin vom Sozialdienst katholischer Frauen e. V. und Anke Schwalm, Geschäftsführerin vom Mädchentreff e. V. - betont und an vielen unterschiedlichen kleinen wie großen Beispielen verdeutlicht, vor welche enormen Herausforderungen die aktuelle Situation Klientinnen und Mitarbeiterinnen der Einrichtungen stellt. Die Klientinnen sind zum Teil sehr verängstigt und haben sich sehr in ihr häusliches Umfeld zurückgezogen. Auch nach der Lockerung der Schutzmaßnahmen waren sie teilweise noch sehr zögerlich, ihre Wohnung zu verlassen. Der telefonische Kontakt wurde zwar positiv aufgenommen und genutzt, um über Sorgen, Ängste und aktuelle coronabedingte Probleme zu sprechen. Vermisst wurde jedoch der Austausch mit anderen Frauen durch den Wegfall der offenen Angebote vor Ort.

Die Mitarbeiterinnen von Zora, Anlauf- und Beratungsstelle für junge Frauen in Wiesbaden, berichteten von großen Beeinträchtigungen der persönlichen Freiheit: Familien seien ständig zusammen und auch die Partner hielten sich verstärkt daheim auf. Die Angst, bei der Kontaktaufnahme mit Einrichtungen „erwischt“ zu werden, sei sehr groß. Häusliche Isolation stelle eine große Herausforderung dar. Negative Auswirkungen seien z. B. die Verschlimmerung bestehender Depressionen und insgesamt eine Zunahme von psychischen Belastungen. Bei den Mädchen und Frauen bestehe nach wie vor eine große Verunsicherung wegen Corona. Zukunftsängste zeigten sich, aufgebaute Strukturen brächen weg. Dies sorge für große Unsicherheit.

- 6.) Die Frauenhausplätze in Wiesbaden werden bei sehr guter Belegung als ausreichend bewertet. Das bestehende Gebäude kann nicht ertüchtigt werden, der Sanierungsaufwand wäre bodenlos. Ein drittes Frauenhaus ist derzeit nicht erforderlich, da es enorme Verbesserungen durch den aktuellen Neubau geben wird. Dieser Neubau stellt ein eine bundesweite Besonderheit dar, da er ein Höchstmaß an Flexibilität hinsichtlich des bedarfsgerecht wechselnden Zuschnitts der Wohneinheiten bietet, je nachdem mit vielen Kindern die Frauen einziehen bzw. wie viele Frauen auch ohne Kinder Zuflucht suchen. Auch wurde bereits in der Planungsphase berücksichtigt, dass das Gebäude das Potential bieten muss, dass es zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf und finanziellen Möglichkeiten weiter ausgebaut werden kann, um zusätzliche Frauenhausplätze in Wiesbaden am selben Standort zu ermöglichen. Insofern hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden mit dieser besonderen neuartigen und beispielgebenden Planungsweise für die Zukunft ein Höchstmaß an Entwicklungspotential gesichert.
- 7.) Es gibt einen beständigen Austausch der unterschiedlichen städtischen Bereiche mit den jeweiligen Pendanten anderer Kommunen. Hieraus ergeben sich keine abweichenden Erkenntnisse zu der Situation in Wiesbaden. Zweifelsfrei festgestellt werden kann jedoch, dass die Verwaltung der LH Wiesbaden sofort bei Ausbruch der Coronapandemie vielfache Angebote und Ausweichmöglichkeiten geschaffen hat, um einem vermuteten Anstieg der Nachfrage nach Frauenhausplätzen unverzüglich gewachsen zu sein. Diese erhöhte Nachfrage blieb allerdings aus. Weiterhin wurden die Einrichtungen aktiv unterstützt und neue Angebote, wie bspw. das zusätzliche Beratungsangebot bei der ProFamilia, initiiert und finanziert. Im Vergleich mit anderen hessischen Kommunen waren die ergriffenen Strategien zur Begegnung der Pandemiefolgen in Bezug auf die Gewaltprävention beispielgebend.

